

Die Reichen sollen zahlen ...

... und warum Robin Hood heute keinen Job mehr hätte

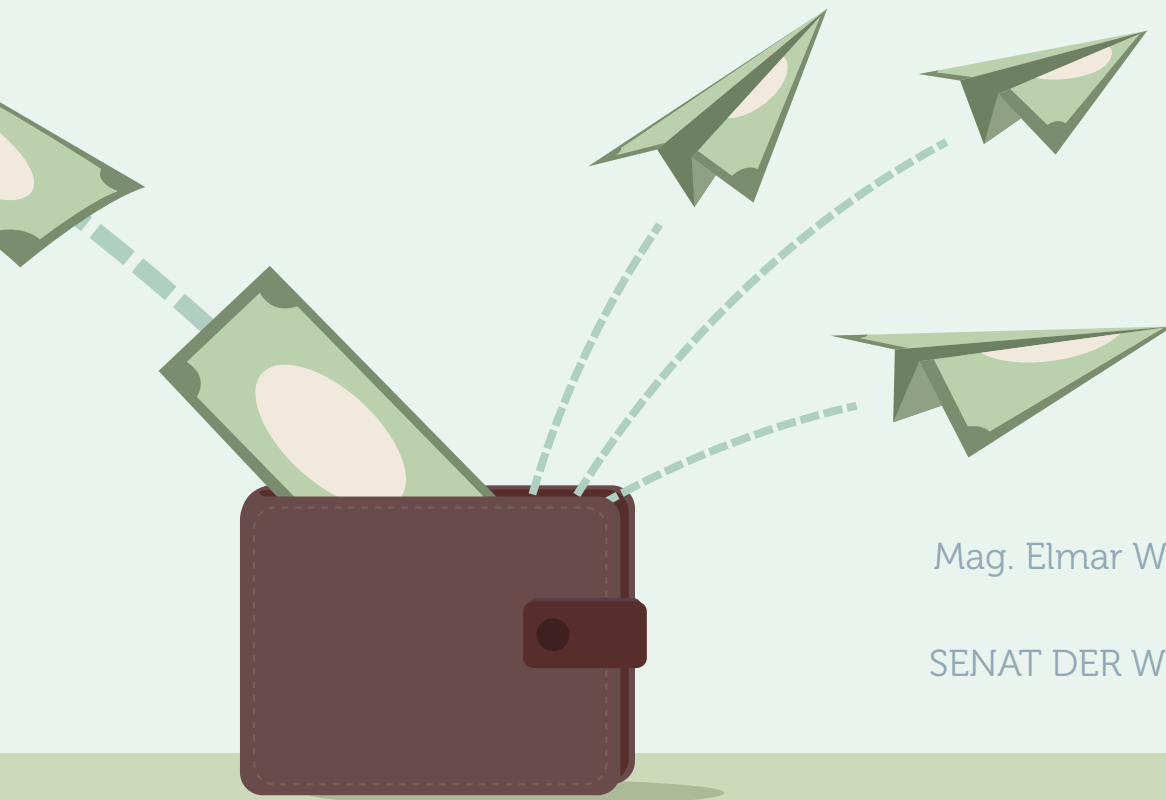
Je näher der Termin einer Nationalratswahl (in anderen Staaten heißt es Bundestagswahl oder Wahl zur Nationalversammlung, funktioniert aber genauso) rückt, desto wahrscheinlicher wird es, dass aus einer Ecke – vornehmlich der linken – der Ruf nach einer besonderen Besteuerung der „Reichen“ erfolgen soll. Denn, so die einfache Argumentation, nachdem die Armut immer weiter steigt, ist es nur gerecht, wenn „die Reichen“ einen Teil von ihrem Reichtum abgeben und die weniger Gesegneten damit erfreuen.

Wenn man darüber nachdenkt, ob bestimmte Gesellschaftsgruppen besonders zu besteuern sind, so stößt man rasch auf den Begriff „Gerechtigkeit“. Ist es nicht „gerecht“, wenn man Reichen Geld wegnimmt, um es Ärmeren zu geben? Ist die Hollywood-Karikatur von Robin Hood nicht herzerwärmend, wie er die Reichen beraubt, um die Goldmünzen, auf einem Karren stehend, unter die hungernde Dorfbevölkerung zu werfen? Offensichtlich stößt man dabei auf zwei grundlegende Probleme: Das eine ist die fehlende Definition von „reich“ und das andere die Folgerung, die sich aus der Forderung einer Sondersteuer für Reiche zwangsläufig ergibt: Wenn man der Gruppe der „Reichen“ Geld wegnehmen darf, warum nicht auch anderen Gruppen? Den Gebildeten vielleicht, weil sie ja schon ein Studium von der Republik finanziert bekamen? Den Unternehmern? Den Nichtwählern, den Migranten,

den Expatriaten, den Rechten, den Linken? Es wird schwierig sein, Argumente zu finden, warum man sich bei einer Gruppe bedienen darf und bei einer anderen nicht.

Die erste Frage, wie denn „reich“ zu definieren sei, ist jedoch mindestens ebenso schwierig zu beantworten, wenn man nicht wie Robin Hood willkürlich Kutschen überfallen will. Zieht man das reine im Inland deklarierte Geldvermögen für eine Abgrenzung heran, so entwischen einem alle jene, die ihr Geld im Ausland steuerschonend geparkt haben. Da die wirklich Vermögenden meist ein Heer an Steuerberatern und Rechtsanwälten beschäftigen, werden dies vermutlich genau diejenigen sein, deren Schröpfung zwar wirklich lukrativ wäre, die man aber kaum erwischen wird. Man müsste sich also erst wieder an die wohlhabende Mittelschicht wenden.

Aber auch andere Definitionen scheitern: Eine Bemessung anhand des Grundbesitzes scheitert, weil nicht jeder Millionär Grund in Österreich besitzt und man dann die ohnedies verarmte Nebenerwerbsbauernschicht damit treffen würde. Das Einkommen taugt auch nicht für eine Einstufung als „reich“, weil dies ebenso wie Vermögen leicht verschleiert werden kann. Natürlich bietet es sich an, medienwirksam auf statistische Ausreißer mit 100.000 Euro Einkommen hinzuweisen. Aber abgesehen von solchen Spitzenverdienern ist das Gros der Gutverdienenden in



Mag. Elmar Weixlbaumer,
Senator im
SENAT DER WIRTSCHAFT

weit bescheideneren Regionen beheimatet. Die Grenze für die obersten 10% liegt in Österreich bei monatlich 3.199 Euro (Wert 2011). Sollten Sie mehr verdienen, so können Sie sich freuen, zu den reichsten 10% der Österreicher zu gehören. Eng verknüpft mit der Frage des Reichtums ist auch die Form des Reichtums. Wenn Robin Hood die Goldkisten der Reichen plünderte, um die Münzen und Preziosen unters Volk zu streuen, so hätte er heute seine liebe Not. Die rund 80.000 Millionäre in Österreich besitzen zwar geschätzte 250 Milliarden Euro, haben diese aber mehr oder weniger gut dem Zugriff von Fiskal-Robin Hoods entzogen. Immobilien im Ausland, Konten in der Karibik, Treuhandvermögen und Stiftungen lassen nur mehr wenig übrig, was mit einer „Millionärssteuer“ wirklich erfasst werden könnte.

Doch kommen wir zurück zum Begriff der „Gerechtigkeit“. Kein vernünftiger Mensch versteht darunter, dass jeder Mensch dasselbe besitzen und verdienen soll. Denn wenn meine Großmutter in ihrem Garten ausgezeichnete Salathäuptel zieht, soll sie diese auch gewinnbringend am Markt verkaufen können. Selbst eingefleischteste Kommunisten wissen, dass erst die Möglichkeit durch eigene Arbeit (zusätzliches) Geld zu verdienen, den Menschen motiviert. Ein System, in dem alle Menschen gleich viel verdienen, würde das erste Jahr nicht überleben.



Mag. Elmar Weixlbaumer ist Verleger, Fachbuchautor und Medienexperte in Wien. Er ist ausgebildeter Mathematiker und Betriebswirt und beschäftigt sich in seinen Publikationen und Vorträgen mit wirtschaftspolitischen Fragen, Bildung und der Wissensvermittlung der kommenden Generationen.

www.elmar-weixlbaumer.com

Damit landen wir bei der Frage, wie viel ein „gerechter“ Lohn für unsere Arbeit ist. Gerne wird von verschiedenen Berufsgruppen – etwa Universitätspersonal oder Angestellte in sozialen Berufen – beklagt, dass ihre hochwertige Arbeit völlig unterbezahlt sei, während Gerade-nicht-mehr-Jugendliche, die mit Aktien spielen, ein Vermögen bezahlt bekommen.

Die Wahrheit ist – und wenn wir ehrlich sind, wissen wir das auch alle – dass der „Wert“ der Arbeit nie den Lohn dafür definiert, sondern immer Angebot und Nachfrage. Darum verdient der Arbeiter einer Ölbohrinsel ein Vielfaches einer Supermarktkassiererin, weil sich sonst niemand diese Arbeit antun würde, während man für letzteres Berufsbild unzählige Bewerber findet.

Wenn wir über „gerechten“ Lohn und damit über eine anzustrebende Gerechtigkeit beim Vermögen nachdenken, müssen wir einen anderen Zugang finden. Wir können also von der nachfragegesteuerten Entlohnung unserer Arbeit dazu übergehen, stattdessen die Aufstiegsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu betrachten. Wenn jemand mit seinem jetzigen Lohn unzufrieden ist, wie müsste eine „gerechte“ Welt aussehen, in der alle die gleichen Chancen haben, mehr zu verdienen? Verdient jemand als Bauarbeiter heute den Betrag x , wie wahrscheinlich ist es, dass er im nächsten Jahr zum Beispiel $x + 10\%$ verdient? Und wie wahrscheinlich ist es für den Direktor einer Großbank $x + 10\%$ zu verdienen? Wenn die Chancen für alle gleich sind, für die Armen und die Reichen, dann muss diese Wahrscheinlichkeit für den Bauarbeiter und den Bankdirektor gleich sein und wir nähern uns einer gerechten Welt an.

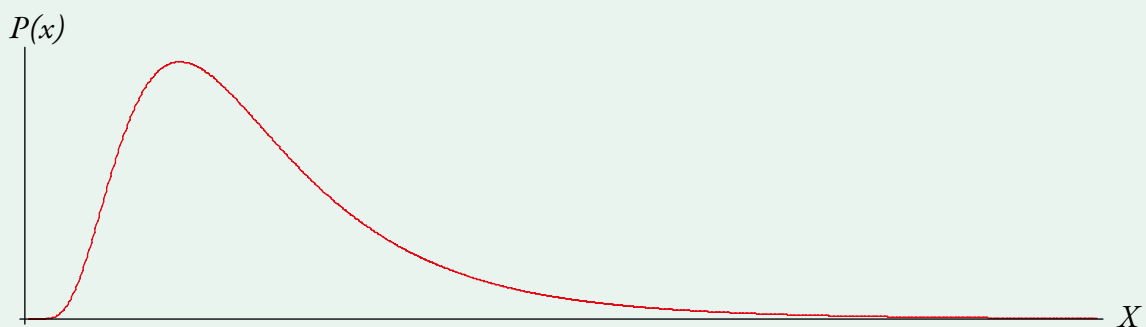
In einer idealen Welt gehen wir davon aus, dass es für jedermann völlig gleich wahrscheinlich ist, dass er im nächsten Jahr 10% mehr oder weniger verdient, und dass diese Wahrscheinlichkeit für alle Einkommensklassen gleich ist, Aufstiegs-gerechtigkeit also. Manche steigen auf, manche fallen zurück, wie dies in der Realität auch passiert. Es soll jedoch für alle Einkommensklassen gleich wahrscheinlich sein aufzusteigen.

Ich gehe davon aus, dass wir alle diese Aufstiegs-gerechtigkeit als fair empfinden würden. Ein Millionenverdiener würde also im kommenden Jahr mit genau derselben Wahrscheinlichkeit 10% mehr verdienen wie ein Junglehrer.

Diese Fairness, diese gleiche Wahrscheinlichkeit für alle Einkommensgruppen, wurde bereits 1931 von Robert Gibrat beschrieben und man nennt es *Gibrat's Law*. So schön dieses Modell aber auch sein mag, es gibt zwei gravierende Probleme damit.

Das erste Problem ist, dass *Gibrat's Law* langfristig genau jene Verteilung von Einkommen und Vermögen erzeugt, bei der ein Großteil des Vermögens einigen wenigen Reichen zugeordnet ist. Mathematisch ausgedrückt entsteht durch obige Forderung eine Verteilung (genauer eine Lognormalverteilung) wie in der Abbildung gezeigt: sehr viele Arme, einige wenige Reiche.

Das zweite Problem mit *Gibrat's Law* ist aber, dass genau diese Verteilung in der Realität beobachtet wird. Und zwar nicht nur in Österreich, sondern in allen Kulturen, unabhängig vom politischen System, der Staatsform – Demokratie oder Diktatur –, dem Wohlstandsniveau oder

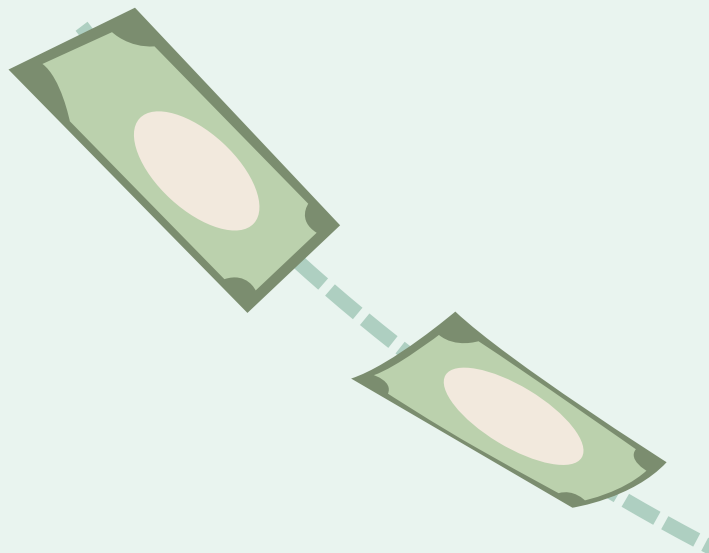


dem Bildungsniveau. Auch vergangene Kulturen unterschieden sich hier nicht: Studien zeigten, dass im Ungarn des Mittelalters und sogar im alten Ägypten genau diese Verteilung des Vermögens beobachtet werden konnte.

Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, dass genau diese Forderung nach Fairness, diese Aufstiegsgerechtigkeit, dass die Ärmeren mit derselben Wahrscheinlichkeit ihr Einkommen und Vermögen steigern können wie die Reichen, in der Realität bereits passiert. Und zwar immer schon! Und wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass diese Form der Fairness eine Gesellschaft erzeugt, in der viele Arme wenigen Reichen gegenüber stehen.

Doch werfen wir nun noch einen Blick auf die Fakten. Wie ungerecht ist Österreich denn wirklich? Das erste Übel, das uns hier begegnet, ist die Definition der „Armut“. Die gerne für politisch willkommene Sensationen verwendete Definition bezeichnet jene als arm, die einen gewissen Anteil des mittleren Einkommens nicht verdienen. EUROSTAT spricht beispielsweise von Armutsgefährdung, wenn 60% des Mittelwerts (genauer des Medians) des Pro-Kopf-Einkommens unterschritten werden. Diese Definition führt offensichtlich zwangsläufig dazu, dass der Anteil der Armen immer innerhalb einer Bandbreite schwanken wird. Denn es wird immer Menschen geben, die weniger als der Mittelwert verdienen, so ist ein Mittelwert definiert. Dass jene Armen in absoluten Eurobeträgen natürlich immer mehr zur Verfügung haben, wenn das mittlere Einkommen steigt, wird dabei verschwiegen. Wir haben also eine „neue Armut“, diese liegt aber heute weit über dem Durchschnittseinkommen früherer Jahrzehnte.

Ebenso sinnlos ist die Definition der Armutsschwelle über den Betrag der Sozialhilfe, wie dies ebenfalls gern gemacht wird. Wenn die Mindestsicherung heute mit 794,91 Euro festgelegt ist – dem Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers im Jahr 1976 – dann haben wir zwar ebenso wie damals Menschen, die diesen Betrag verdienen, aber diese „Armut“ entspricht dem Durchschnittseinkommen unserer Jugend.



Um diese Entwicklung in anderen Worten zu beschreiben: Ein Warenkorb, für den man 1950 noch durchschnittlich eine Stunde arbeiten musste, ist heute in weniger als 10 Minuten verdient (im Durchschnitt über alle Einkommen)! Und ebenso wie unser Wohlstand kontinuierlich stark gestiegen ist, wurde auch die Sozialhilfegrenze angehoben. Das ist natürlich wichtig und richtig, aber als Maß für die Entwicklung des Armutsanteils taugt dieser Wert nicht.

Kurz gesagt, diese gemeinhin verwendeten Maße machen die Armut unausrottbar, denn ein Anteil unserer Bevölkerung wird immer unter eine so willkürlich festgelegte Schwelle fallen. Natürlich ist es schrecklich, wenn Menschen jeden Cent umdrehen müssen, doch wir müssen auch sorgfältig sein, bei der Festlegung dieser Armut, wenn wir auf die Reichen als Sponsoren zurückgreifen wollen.

Die Weltbank definiert Armut als Einkommen von weniger als 1 Dollar am Tag (jüngst auch 1,25 oder 2 Dollar). Andere alternative Konzepte messen das Nichtvorhandensein konkreter Merkmale, wie etwa die Möglichkeit jeden Tag eine gehaltvolle Mahlzeit zu erhalten, das Vorhandensein zumindest eines passenden Paares Schuhe o. Ä. Diese Maßstäbe zeigen Armut in ihrer existenziellen Form, losgelöst vom Konsumstandard unserer wohlhabenden Gesellschaft. Der Nachteil dieser Maße ist offensichtlich: Derselbe Armut gibt es in Mitteleuropa praktisch nicht mehr. Sollten wir nicht stolz über den erreichten Gesamtwohlstand sein, weil unsere Definition von Armut weit von jener existenziellen Armut entfernt ist? Womit natürlich nicht gesagt werden soll, dass es nicht wichtig ist, so wie bisher, die relative Armut zu bekämpfen und weiter dafür zu sorgen, dass die unteren Einkommensklas-

sen über einen unserer Gesellschaft angemessenen Mindestwohlstand verfügen können.

Zum Abschluss über die Betrachtung von Reich und Arm noch einige Zahlen und Fakten über die wirkliche Verteilung von Vermögen und Einkommen in Österreich. Das allgemein verwendete Maß für die Ungleichheit zwischen Arm und Reich ist der *Gini-Koeffizient*, der das Auseinanderdriften der Einkommensklassen misst. Es ist heute erwiesen, dass eine ausgewogene Verteilung von Arm und Reich unerlässlich ist für sozialen Frieden und eine funktionierende Gesellschaft, während das Einkommensniveau wenig Einfluss auf Stabilität und Frieden hat. Völlige Gleichmacherei ist dabei genauso störend, wie die Konzentration des Einkommens auf eine kleine Elite. Es gibt ein gesundes Verhältnis zwischen Arm und Reich, das nicht zu klein und nicht zu groß sein soll.

Weist ein Land einen *Gini-Koeffizient* von 0 auf, so würden alle Menschen gleich verdienen, in Österreich würde Andres Treichl genauso brutto 2072 Euro verdienen, wie der nette Student, der meinen Nachbarskindern immer Nachhilfe gibt. Das Gegenteil, ein *Gini-Koeffizient* von 1, wäre ein Land, wo ein Oligarch alles verdient und alle übrigen mangels Einkommen binnen Monatsfrist verhungert wären. In der Praxis liegen die Werte zwischen 0,25 und 0,70.

Entgegen aller Parolen und Schlagzeilen ist Österreich hier weltweit eines der führenden ausgeglichenen Länder. Mit einem *Gini-Koeffizient* von 0,26 werden wir nur mehr von einigen wenigen Nationen überboten und liegen vor Deutschland (0,28), Schweiz (0,33) oder dem für sein „Brut-

tonationalglück“ bekannten Bhutan (0,38). Weit abgeschlagen sind natürlich die USA, die mit 0,46 sogar ungleichverteilter als Bolivien, Uganda oder Turkmenistan sind.

Diese Ausgewogenheit, die über die vergangenen Jahrzehnte konstant war, verdanken wir sicherlich den großzügigen Sozialleistungen in Österreich. Ein Drittel unserer Bevölkerung bezieht mehr als die Hälfte ihres Einkommens vom Staat in Form von Transfers, wie verschiedenste Beihilfen oder die Sozialhilfe. Laut OECD gab es Mitte der 2000er-Jahre kein Land auf der Erde, in dem die Sozialtransfers einen größeren Anteil am Haushaltseinkommen hatten als in Österreich. Diese Transfers werden natürlich von den Vermögenden bezahlt. Wenn wir also eine gesonderte Besteuerung der Reichen – wer immer das sein mag – fordern, dann dürfen wir nicht vergessen, dass bereits heute das oberste Prozent der Spitzenverdiener ein Viertel unseres Steuereinkommens tragen muss.

Ob unter all diesen Gesichtspunkten eine Forderung nach einer neuen Reichensteuer seriös ist, muss jede Gruppierung für sich entscheiden. Natürlich ist es gelebte demokratische Praxis vor einer Wahl mit deftigen Slogans die einfachen Bevölkerungsschichten zu mobilisieren. Ob dies jemals umgesetzt werden kann, ob eine „Millionärssteuer“ das Vermögen der Reichen, die ihr Geld meist in Stiftungen geparkt haben, überhaupt erreicht, ob die Handvoll Millionäre überhaupt einen substanziellen Beitrag zum Budget liefern könnten oder lediglich als Wahlkampfmunition verheizt werden und ob eine Millionärssteuer dann auch bei den Armen ankommt und nicht für Prestigeprojekte verballert wird, sind dabei pragmatische Fragen, die im Wahlkampfgetümmel keinen Platz haben.

Aber es ist gut zu wissen, dass unsere Heimat nicht nur ein schönes Stück Erde ist, sondern auch eines der wohlhabendsten und ausgewogensten Länder der Welt ist. Wenn wir wissen, dass in Österreich die Grenze für die obersten 10% nur das Doppelte des Durchschnittseinkommens beträgt, dann fragen wir uns, hätte Robin Hood bei uns noch einen Job?

